

# Weder Arabisch noch Frühling

## Warum Marokkos Rif-Berber keinen Systemwechsel wollen

Analyse | 22.06.2017 | Olaf Kellerhoff



© Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

**Als der Fischer Mohsin Fikri im Oktober 2016 bei der polizeilichen Beschlagnahme seines verbotenen Fangs zu Tode kam, gingen die Marokkaner auf die Straße. Von Nador bis Casablanca nahmen die Menschen Anteil, protestierten gegen Behördenwillkür und forderten Aufklärung: Fikri war zusammen mit seinem Fischfang, den er schützen wollte, in einem Müllcontainer unter ungeklärten Umständen zu Tode gequetscht worden. Mehr**

**als einen Monat lang gingen vor allem die Bewohner des nördlichen Rif-Gebirges (zumeist der ethnischen Gruppe der Berber) auf die Straße. Danach blieb es lange ruhig. Doch in diesem Jahr sind die Proteste wieder aufgelebt. Nicht wenige ziehen Vergleiche zu dem tunesischen Gemüsehändler Mohamed Bouazizi, dessen Tod im Dezember 2010 den Arabischen Frühling ausgelöst hat. In der Ära der Aufarbeitung des Arabischen Frühlings sind Demonstranten allerdings desillusioniert und fürchten selbst die Destabilisierung. Warum sind sie jetzt trotzdem wieder auf der Straße?**

## **Erst keine Regierung, dann keine Krise**

Letztes Jahr erlahmten die Proteste, da die Demonstranten ihre Forderungen der Regierung nicht präsentieren konnten: Es gab keine. Nach den Wahlen vom 7. Oktober 2016 zogen sich die Koalitionsverhandlungen bis zum 5. April 2017 hin. Seitdem ist die *Hirak* (arab.: Bewegung) der Berber im Norden Marokkos wieder aktiv. Und nun versuchen Politiker und Polizei, die friedlichen Proteste kleinzuhalten, kleinzureden und zu diffamieren. Bei der letzten großen Demonstration in Rabat am 12. Juni 2017 war die offizielle Zahl der Teilnehmer 15.000, auf der Seite der Protestierenden wird von 80.000 bis 100.000 gesprochen. Zuvor sprachen einzelne Politiker in Rabat von Aufwiegelung und Finanzierung durch ausländische Parteien. Die Protestbewegung empfand dies als Beleidigung und Demütigung. Die lokalen Sprecher von drei Parteien (PJD, PI, USFP) widersprachen der Behauptung des ausländischen Einflusses in einer gemeinsamen Erklärung.

Spätestens seit diesen Versuchen ist das Vertrauen in die Regierung vollends zunichte und die Forderungen richten sich direkt an den König. Die gewählten Vertreter und die zuständigen Minister werden ignoriert. Es gibt noch nicht einmal Rücktrittsforderungen. Aber selbst als die Eltern des mittlerweile inhaftierten Anführers der Bewegung, Nasser Zefzafi, dem ehemaligen Premierminister Abdelilah Benkirane (2011-2017) ihre Aufwartung machten, führte dies immer noch nicht zu einer Regierungskrise. Und dies, obschon er keine öffentlichen Ämter mehr innehat und zudem arabischstämmig ist. Dies im Gegensatz zum amtierenden Regierungschef Saadeddin El Othmani (ebenfalls PJD), der als Berber – wenn auch aus dem Süden des Landes – der Bewegung hätte nahestehen müssen. Der derzeitige Premier und studierte Psychologe hat wenig

Verständnis für das Problem und überließ dessen Lösung den Sicherheitskräften.

## Das System: Ursache von Unterentwicklung

Armut und Arbeitslosigkeit im Norden Marokkos treiben die Rif-Berber auf die Straße. Der Tod des Fischhändlers brach dem Unmut über schlechte Infrastruktur und fehlende Jobaussichten nur Bahn. Dabei ist der Staat selbst die Ursache der Unterentwicklung seit der Unabhängigkeit 1956: Der Aufstand der Rif-Berber 1958/59 u.a. gegen die Marginalisierung ihrer Region seitens der Zentralregierung hatte der damalige König Muhammad V. mit eiserner Hand niedergeschlagen. Französische Offiziere koordinierten die Einsätze des Militärführers Kronprinz Moulay Hassan, dem späteren König Hassan II. Die Niederschlagung – unter anderem mit Napalm und Phosphor – kostete zwischen 2.000 und 8.000 Tote (je nach Quelle). Hassan II ignorierte die Region in seiner Amtszeit (1961–1999) hinsichtlich jeglicher Entwicklungsvorhaben und ließ rund 38 Jahre lang so gut wie keine größeren Investitionen zu. Bei der Hungerrevolte im Rif 1984 drohte der König den Rif-Berbern – für ihn abfällig nur „awbaches“ (Apatschen) – und warnte sie vor Konsequenzen: „Die Leute im Norden haben früher einmal die Gewalt des Kronprinzen kennengelernt. Es wäre besser für sie, die des Königs nicht kennenzulernen.“ 400 Tote waren das Ergebnis.



Abbild des  
getöteten  
Fischers  
Mohsin Fikri  
auf einer  
Demonstrati  
© Amazigh

Diese Zeiten sind vorbei. Der jetzige König Muhammad VI war von Anfang an

um Aussöhnung und Inklusion aller Bevölkerungsteile bemüht. Er stieß im vernachlässigten Norden mehrere Entwicklungsprojekte an. Aber selbst seine Bemühungen scheiterten und scheitern oftmals am eigenen System. Beispielsweise legte er 2005 den Grundstein für ein Krebskrankenhaus und weihte es 2008 ein, ohne dass es in Betrieb ging. Im Norden Marokkos hatten die spanischen Besatzer im Rif-Krieg (1921 – 1926) mit deutscher Hilfe Senfgas eingesetzt, das bis heute zu einer erhöhten Krebsrate in der Bevölkerung geführt haben soll. Das deswegen sehr notwendige Krebskrankenhaus solle nun, fast zehn Jahre nach der Einweihung [!], endlich seinen Dienst aufnehmen - so lautet eine der Forderungen der Protestbewegung *Hirak*. Auch die Schnellstraße Fès-Al Hoceima ist noch nicht wie versprochen fertiggestellt. Das Großprojekt *Manara Al Hoceima* (Leuchtturm Al Hoceima) sollte 2018 beendet sein und wurde noch nicht einmal begonnen. Fehlplanungen und Korruption haben keine Konsequenzen – meistens zumindest: Bei Korruption und Missmanagement im Immobilienprojekt der staatlichen Investitionsbank *Caisse de Dépôt et de Gestion* (CDG) in Nador, das ebenfalls zu der unterentwickelten Rif-Région im Norden gehört, brachte der königliche Untersuchungsausschuss dann doch einige Verantwortliche ins Gefängnis.

An diesen Verhältnissen entzündet sich ebenfalls die Wut der Demonstranten. Der Justizsektor gilt als korrupt. Einflussreiche Leute kaufen sich frei oder werden protegiert. Bestraft werden sollte ursprünglich nur der Fischhändler, der den geschützten Schwertfisch im Auftrag Dritter verkaufen wollte. Nach anfänglichen Protesten wurden ein paar Verantwortliche der mittleren Verwaltungsebene zur Rechenschaft gezogen. Die großen Unternehmer mit Verbindungen gehen hingegen straffrei aus.

Trotzdem will die Protestbewegung nicht explizit eine Reform des Justizsektors. Das Gesamtsystem als Ursache wird nicht in Frage gestellt, nur die Auswirkungen sollen bereinigt werden. Die Demonstranten wollen aber sehen, dass Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden. Sie fordern zudem Infrastrukturprojekte und Jobs von dem System, das den Mangel selbst herbeigeführt hat – und sie fordern mittlerweile auch die Freilassung der inhaftierten Demonstranten.

## Weder arabisch noch islamisch

Anders als im Arabischen Frühling arbeiten die Marokkaner also nicht auf einen Systemwechsel hin. Demnach handelt es sich nicht um einen zweiten Frühling, aber auch nicht um eine Islamische Revolution: Die Proteste sind säkular. Die Bewegung ist weder religiös motiviert noch durch eine bestimmte Konfession geprägt, obschon praktisch alle Demonstranten Muslime sind. Im Gegenteil: Der 39jährige arbeitslose Anführer der Proteste, Zefzafi, zeigte nicht gerade religiösen Respekt, als er den Imam von Al Hoceima in dessen Freitagspredigt unterbrach und ihn als „Hofprediger“ („à la solde du Palais“) diffamierte. Aber mehr noch: „Sind Moscheen das Haus Gottes oder des *makhzen* (also des Königshauses und dessen politisch wie wirtschaftlich entscheidender Entourage)?“ fragte er – und rief zu einem Boykott der Moscheen auf. Ein malikitischer Imam spricht die Freitagspredigt im Namen des Königs als Führer der Gläubigen. Eine Unterbrechung oder gar Beleidigung – wie Zefzafi nun vorgeworfen wird – ist demnach ein schweres Delikt, zumal er die anerkannt religiöse Autorität des Königs damit in Frage stellt. Dies wiederum gab den Auslöser für seine Verhaftung, dem Zefzafi sich zunächst durch Flucht hatte entziehen können. Dem Anführer der Proteste drohen nun zwischen sechs Monaten und drei Jahre Haft dafür.

Zefzafi war dem Freitagsprediger in Al Hoceima ins Wort gefallen, als dieser ihm in seiner Ansprache *fitna* (arab.: Spaltung, oder auch Anstiftung zum Chaos) vorgeworfen hatte. Dieser Begriff ist bei Muslimen extrem negativ besetzt und emotional aufgeladen, wie wenn jemand Gesellschaft und Staat von innen heraus zerstört, also fast als Terrorist gilt. Der Imam positionierte sich damit klar auf der Seite des staatstragenden Islam und gegen die soziale Bewegung der Demonstranten. Damit scheiden nach Politik und Polizei nun auch religiöse Autoritäten als mögliche Mittler, Mediatoren oder Moderatoren aus.

Vielmehr stützt sich die Protestbewegung auf die eigene Ethnizität: Die Berber Marokkos, Ureinwohner vor den arabischen Eroberungen im 8. Jahrhundert, machen nach Eigendarstellung ca. 40% der Bevölkerung aus. Längst sind jedoch die beiden Ethnien vielfach vermischt, so dass Unterscheidungen nicht immer möglich sind. Dennoch haben sich die Amazigh (so die Berber in ihrer Sprache) ihr eigenes kulturelles Bewusstsein bewahrt. Bis zur Unabhängigkeit war das traditionelle Berberrecht neben der Scharia Quelle der Rechtsprechung. Dann wurde ihre Sprache verboten und die Arabisierung des Landes war erklärte Politik.

Mit der neuen Verfassung von 2011 ist Amazigh neben Arabisch als offizielle Landessprache anerkannt. Nun sieht man immer mehr Straßenschilder und Regierungsgebäude auch in Amazigh-Schrift. Offizielle Dokumente erhalten eine entsprechende Übersetzung. Aber selbst wenn den Berbern nun alle Rechte zugestanden werden, hinkt die Realität der Rechtslage hinterher. So bekommt zum Beispiel ein Berber vor Gericht oder im Krankenhaus keine Übersetzung und kann den arabischen oder französischen Verhandlungen und Befragungen nicht folgen. Die Organisation *Amazigh*, Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, setzt sich für die Verwirklichung ihrer Rechte gemäß der neuen Verfassung ein.

In ihren Protesten zeigen die Berber stolz die Flagge der Amazigh und bisweilen ist auch die der unabhängigen Rif-Republik (1921–26) zu sehen. Gleichzeitig betonen die durchweg friedlichen Demonstranten, dass sie Marokkaner sind, den König unterstützen und keine separatistischen Gedanken haben. Eine Revolution sieht anders aus.

## **-ismen sind auch keine Lösung**

Die Protestwelle sucht nun auch die verbotene, aber tolerierte Islamisten-Partei *Al-adl wa'l-ihسان* (Gerechtigkeit und Wohltätigkeit) zu nutzen. Im Gegensatz zu den regierenden Islamisten der Partei des Rechts und der Entwicklung (*Parti de la Justice et du Développement*, PJD), erkennt diese die geistliche Autorität des Königs als Führer der Gläubigen nicht an. Seit dem Tod ihres spirituellen Führers Scheich Yassin in 2012 trat diese wohl größte Islamistenfraktion diskret auf. Jetzt sind eher laute Töne zu hören: „Marokko sitzt auf einem Vulkan.“, interpretiert der neue Führer Scheich Mohamed Abbadi die Lage. „Der Druck führt zur Explosion.“, prophezeit Abbadi, der selbst aus der Gegend von Al Hoceima stammt. Für ihn ist die Protestbewegung das Ergebnis historischer Verletzungen. Er verurteilt das „despotische marokkanische Regime“ und die „Knechtung der politischen Klasse“.



## Al Hoceima in der Rif- Region

© Friedrich-  
Naumann-  
Stiftung für  
die Freiheit

Aber auch die Sozialisten hoffen, dass ihnen soziale Themen zugutekommen. Die PPS, Erbnachfolger der kommunistischen Partei, wurde in den Wahlen 2016 von 18 auf zwölf Abgeordnete reduziert. Die älteste Sozialistenpartei im Parlament, die USFP, war von 39 auf 20 Sitze abgerutscht. Sie erklärte, nicht gegen die Demonstrationen zu sein, rufe jedoch nicht zur Teilnahme auf, denn sie sei „immer der Anführer von sozialen Bewegungen“ gewesen, sei aber nie anderen gefolgt. Gekränkter Stolz über den eigenen Bedeutungsverlust?

Sozialismus wie Islamismus – viele Anhänger der regierenden PJD sind ebenfalls dabei – wetteifern um dieselbe Klientel der Unzufriedenen. Der regierenden, moderaten Islamistenpartei PJD wird jedoch vorgeworfen, ein „Paracetamol“ zu sein, das vielleicht die Schmerzen lindere, nicht jedoch die Ursachen bekämpfe. Die nicht staatsislamkonforme *Al-adl wa'l-ihsan* wittert Morgenluft, da durch die Bewegung der staatstragende Islam in Frage gestellt wird. Dabei ist insbesondere den Sozialisten klar, dass sie sich als Sprecher der Unterprivilegierten reetablieren müssen, um nicht in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen. *Hirak* ignoriert jedoch die etablierten Parteien, die zu sehr Teil des Systems und eher Teil des Problems als die Lösung sind. Gleichzeitig sind den Demonstranten Unterstützer willkommen, ohne sich von ihnen instrumentalisieren zu lassen.

## Letzte Hoffnung: Die Zivilgesellschaft

Die Gesprächsversuche von Politikern und staatlichen Repräsentanten sowie die Polizeigewalt mit einem massiven Aufgebot in der Region sind gescheitert. Dabei verschärft sich die Gangart der bislang überwiegend friedlichen Demonstrationen, die Polizei setzt Tränengas ein, Jugendliche werfen Steine. Letztens sind von rund 100 verhafteten Demonstranten 25 zu 18 Monaten Haft verurteilt worden. Und trotzdem gehen die Versammlungen weiter. Religiöse Autoritäten sind nicht nur diskreditiert, mehr noch ist die Rolle des Islam als entweder staatstragende Kraft oder als Träger einer sozialen Bewegung von Gläubigen herausgefordert. Durch die Protestbewegung ist ein neuer Diskurs darüber eröffnet. Die Medien üben ebenfalls keine vermittelnde Funktion aus, sondern reproduzieren vorwiegend die Darstellung der Machthaber. Zu sehr fürchten sie selbst Rückwirkungen. Durch die sozialen Medien fällt dies aber negativ auf sie zurück und ihr Platz in der Demokratie wird ebenfalls in Frage gestellt. Kurzum: es sind alle Zutaten einer Systemkrise, oder zumindest Regierungskrise, angemischt und doch wird dieser Elefant im Raum von allen einhellig ignoriert.

Jetzt dürfen sich mit staatlichen Segen auch zivilgesellschaftliche Organisationen in der Mediation versuchen. Im Zentrum der Gespräche steht unter anderem Salah El Ouadie, Präsident des säkularen Think Tanks *Damir*, Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er begründete die „Bürgerliche Initiative für das Rif“ mit und bemüht sich um Vermittlung: „Wir haben die Forderungen mit einem partizipativem Ansatz ausgearbeitet.“, erklärte er vergangene Woche in einer Pressekonferenz in Rabat. Für die Initiative geht es vor allem darum, erst einmal ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Auch fehlen ihnen nach den Verhaftungen repräsentative Sprecher der Bewegung. El Ouadie bedauert zudem das „Schweigen der Regierung“. Die „Handlungsunfähigkeit der Exekutive nährt in dieser Krise die Spannungen auf der Straße.“ Diese säkularen Vertreter der Zivilgesellschaft empfehlen erst einmal die Freilassung der Gefangenen und die Umsetzung von geforderten Infrastrukturmaßnahmen. Auch müssten die Demütigungen mit falschen Anschuldigungen des Separatismus seitens führender Politiker aufhören.

Die Vermittlungen werden sich außerdem schwierig gestalten, weil die Forderungen der Protestbewegung bislang diffus, apolitisch und nebulös sozialistisch geprägt sind. Die Protestierenden wollen soziale Gerechtigkeit, Infrastrukturprojekte und Jobs, die ihnen der Staat geben soll. Und das fordern sie am demokratischen System vorbei direkt vom



König – und bestätigen damit das aktuelle System, in dem politische Parteien eine untergeordnete Rolle spielen und die wahren Entscheidungen nicht im Parlament getroffen werden. Dieses System wird nicht in Frage gestellt. Zu sehr fürchten Demonstranten der Ära des Post-Arabischen Frühlings - ebenso wie die Machthaber selbst - eine Destabilisierung. Natürlich haben sie alle Ägypten oder gar Syrien vor Augen. Gleichzeitig erwarten sie sich auch keine Besserung der Verhältnisse durch einen zweiten Frühling, da es einen ersten nicht wirklich gab und ein Mehr an Demokratie sie auch nicht unmittelbar in Lohn und Brot bringen würde.

Aber auch die Regierenden sind in einer Zwickmühle: Sie wollen um (fast) jeden Preis Stabilität. Gleichzeitig fürchten sie, dass ein zu hartes Vorgehen weitere Teile der Gesellschaft mobilisieren könnte. Zudem können sie sich dem Ausland und internationalen Organisationen gegenüber nicht mehr wie zu Zeiten von Hassan II präsentieren, da vielfach Entwicklungsgelder sozialen Frieden bedingen. Demnach sind die Hoffnungen und der Druck auf die Vermittler groß. Denn noch ein weiterer Lösungsansatz der Regierung ist gescheitert: Nach Monaten der Proteste, die seit Mai 2017 immer größer wurden und sich letztens verschärfen, ist klar, dass auf Zeit zu spielen nicht funktioniert. Marokko muss sich jetzt den Forderungen seiner Bevölkerung stellen. Die parlamentarische Monarchie hat es nicht vermocht, deren Bedürfnisse zu kanalisieren und ihre Forderungen adäquat umzusetzen. Und es ist klar, dass selbst nach einer etwaigen Freilassung der Inhaftierten und der Realisierung von Infrastrukturprojekten nur weitere Reformen, insbesondere des Justizsektors, der Bürokratie und auch der politischen Parteien, solche Demonstrationen in Zukunft ersparen können.

**Olaf Kellerhoff** *ist Projektleiter der Stiftung für die Freiheit für Marokko und Algerien mit Sitz in Rabat.*

**Olaf Kellerhoff**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit - Marokko

Tel.: +212 5 37777509

E-Mail: [olaf.kellerhoff@fnst.org](mailto:olaf.kellerhoff@fnst.org)



---

**Quell-URL:** <https://www.freiheit.org/weder-arabisch-noch-fruehling>